



BESCHLUSSVORLAGE

VORL.NR. 019/19

Federführung:

FB Organisation und Personal

Sachbearbeitung:

Robert Nitzsche
Holger Heß

Datum:

28.01.2019

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart
Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung	19.02.2019	NICHT ÖFFENTLICH
Gemeinderat	27.02.2019	ÖFFENTLICH

Betreff: Konkretisierung der Personalkostenreduzierung 2019

Bezug SEK: Kein Masterplan-Bezug

Bezug: Vorl. Nr. 423/18, Vorl. Nr. 515/18

Anlagen: Anlage 1: Übersicht zur Konkretisierung
Anlage 2: Stellungnahme des Personalrats

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag zur Umsetzung der Zielvorgabe für die Einsparung in Höhe von 1 Mio. EUR im Haushalt 2019 zu.
2. Die in der Anlage 1 aufgeführten Stellen werden im Jahr 2019 nicht besetzt. Die in der Vorlage 515/18 aufgelisteten weiteren Stellen mit Sperrvermerken werden zur Besetzung freigegeben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Haushalts- und Stellenplanberatungen im Herbst 2019 für das Haushaltsjahr 2020 eine systematische Grobanalyse der Stellen mit einem Vergleich mit mindestens 5 Städten der Größenklasse 80.000 – 100.000 Einwohner in Baden-Württemberg anzustellen.
4. Die Verwaltung legt bis 30.03.2019 die Detailliste der ergänzenden Sachkosteneinsparungen zur Beschlussfassung in den Gremien vor.
5. Die Verwaltung berichtet bis zum 30.09.2019, in welchen Bereichen durch die Digitalisierung Sach- und Personalkosten begrenzt bzw. reduziert werden können.

Sachverhalt/Begründung:

In Ludwigsburg wie in den anderen Städten und Gemeinden ist der Personalaufwand in den zurückliegenden Jahren überdurchschnittlich stark angewachsen.

Die Kommunen haben auf die Bedürfnisse der Gesellschaft reagiert und Bildungs- und Betreuungsangebote quantitativ und qualitativ massiv ausgebaut, mit messbaren Erfolgen. Die wachsenden Bedürfnisse nach Sicherheit und Sauberkeit machen mehr Präsenz von Ordnungskräften erforderlich und deutlich höhere Anstrengungen zur Sauberhaltung öffentlicher Räume, die ansonsten unter den wachsenden Vermüllungstendenzen leiden würden.

Aufgrund der massiven Probleme auf dem Mobilitätssektor mit Staus und Luftschadstoffen mussten und müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden:

Ausbau des ÖPNV, Verbesserung der Infrastruktur für das Fahrrad, Förderung alternativer Antriebstechnologien, wie E-Mobilität, Nutzung der Vorteile einer intelligenten Verkehrsinfrastruktur. Aufgrund der fundamentalen Veränderungen im Zusammenhang mit der Energiewende und dem Klimaschutz sind zusätzliche Ressourcen zwingend erforderlich. Der komplette Gebäudebestand und der verkehrliche Sektor müssen schrittweise komplett von fossilen auf regenerative Energieträger umgerüstet werden. Jeder Stadtteil und jedes Quartier benötigt dafür passgenaue Energiekonzepte und Umsetzungsmaßnahmen.

Grün in der Stadt ist für die Lebensqualität und als Teil der Klimaanpassungsstrategie unverzichtbar, muss gesichert und in Kombination mit Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung innovativ ausgebaut werden. Dabei kommt der Biodiversität ebenfalls große Bedeutung zu.

Neben den Anstrengungen für Bildung und Betreuung und damit für Familien und Alleinerziehende mit Kindern ist die Gruppe der Senioren eine wichtige Zielgruppe, Ausbau von Pflegeeinrichtungen, die Förderung des sozialen Zusammenhalts in den Stadtteilen, Identifizierung und Umsetzung spezifischer Bedürfnisse älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Es herrscht zunehmend eine gravierende Wohnungsnot mit sozialem Zündstoff. Die Verwaltungen haben dem Bedarf nach erheblich mehr Wohnbauflächen für unterschiedliche Zielgruppen mit komplexen Aufgaben unter Volllast Rechnung zu tragen. Das wichtige Feld der Integration, zuletzt auch der erheblichen Flüchtlingsströme, gelingt nur, wenn das Zusammenspiel der Verwaltung mit den notwendigen Personalressourcen und der Stadtgesellschaft auf hohem Niveau organisiert sind. Diese Investition in gelingende Integration ist nicht nur sinnvoll, sondern unverzichtbar.

Die Wirtschaft durchläuft eine digitale und technologische Transformation. Städte, die es verstehen, diesen innovativen Wandel aktiv mitzugestalten, werden Gewinner, passive Kommunen die Verlierer sein. Aktives Engagement mit den dafür in allen Städten notwendigen Personalressourcen ist eine entscheidende Investition in die Zukunft.

Die positive Entwicklung der Stadt drückt sich auch in Zahlen aus:
Steigerung der Einwohnerzahl um 10 % von 85.000 auf über 93.000 in den zurückliegenden Jahren.
Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze von 42.000 - 44.000 auf über 53.000 (+ 20 %) im selben Zeitraum.
Der Zuwachs der Einwohnerzahl ist dabei nicht nur eine rein quantitative Größe, sondern gleichzeitig konnte die Sozialstruktur der Stadt gestärkt werden.

Diese Entwicklung stärkt den Handel im Kampf gegen Umsatzverluste aufgrund des wachsenden Online-Handels. Eine ausgewogene soziale Durchmischung verbessert Bildungschancen, stärkt Kirchengemeinden und Vereine. Der Zugewinn an wichtigen Unternehmen und Arbeitsplätzen stärkt das wirtschaftliche Fundament der Stadt nachhaltig.

Dennoch ist es ein verständliches Anliegen des Gemeinderats, dem in der Summe erheblich wachsenden Personalaufwand entsprechende Beachtung zu schenken. Da die Verwaltung bereits im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen erhebliche Anstrengungen zur Begrenzung des zusätzlichen Aufwands unternommen hatte, ist die zusätzliche Einsparung in Höhe von 1 Mio. EUR mit Blick auf das Aufgabenportfolio enorm schwierig. Die Verwaltung ist dennoch fest entschlossen, die Vorgabe des Gemeinderats zur Einsparung von 1 Mio. EUR umzusetzen.

Die in der Anlage vorgeschlagenen Maßnahmen ermöglichen eine Einsparung von 1 Mio. EUR bezogen auf den Zeitraum von 12 Monaten. Da insgesamt bei den zusätzlichen Stellen aber von

einer unterjährigen Einstellung, also nicht mit einer Besetzung bereits ab dem 1 Januar 2019 gerechnet wurde, reduziert sich die anteilige Einsparung auf das Kalenderjahr 2019 auf eine 1. Tranche von 400.000 EUR, die sich dann ab dem Jahr 2020 weiter aufsummiert.

Um dennoch die noch fehlenden 600.000 EUR auch im Kalenderjahr 2019 auszugleichen, schlägt die Verwaltung die zusätzliche Einsparung von Sachkosten in dieser Größenordnung vor.

Um dem Gemeinderat eine effektive Kontrolle der Personalkosten im Quervergleich zu ermöglichen, schlägt die Verwaltung einen strukturierten Benchmark mit mindestens 5 Kommunen in Baden-Württemberg in der Größenklasse zwischen 80.000 und 100.000 Einwohnern bis zum Herbst 2019 vor.

Sollte der Gemeinderat eine externe Begleitung wünschen, wird die Verwaltung dies in der Umsetzung unterstützen. Für eine externe Begleitung ist von einem Aufwand in der Größenordnung bis zu 1 bzw. 1,5 Mio. EUR auszugehen, sofern auch strukturelle Untersuchungen von externer Seite angefordert werden.

Die Digitalisierung erfordert derzeit einige zusätzliche Stellen. Die internen Prozesse der Digitalisierung werden nach einer Übergangszeit von 2 – 3 Jahren aber auch Sach- und Personalkosten reduzieren lassen.

Die Verwaltung schlägt vor, dazu bis zum Herbst 2019 einen ersten groben Überblick zu schaffen.

Unterschriften:

Spec

Finanzielle Auswirkungen?				
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Gesamtkosten Maßnahme/Projekt:		EUR
Ebene: Haushaltsplan				
Teilhaushalt		Produktgruppe		
ErgHH: Ertrags-/Aufwandsart				
FinHH: Ein-/Auszahlungsart				
Investitionsmaßnahmen				
Deckung		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein, Deckung durch		
Ebene: Kontierung (intern)				
Konsumtiv			Investiv	
Kostenstelle	Kostenart	Auftrag	Sachkonto	Auftrag

Verteiler: D I – D IV, Personalrat, alle FBL

Konkretisierung

Mit folgenden Maßnahmen wird bezogen auf das Haushaltsjahr 2019 ein Reduzierungsvolumen in Höhe von etwa 400.000 EUR erzielt:

- verspätete Besetzung der Stellen im DIV (BM, Ref., Ass.)
- verspätete Besetzung der Stellen FBL 63 (FBL, Ass.)
- Besetzungssperre Stelle CDO (stattdessen Honorarvertrag abgeschlossen)
- Besetzungssperre Personalreservestellen (FB 10)
(Ermöglichung eines flexiblen Personaleinsatzes, um unterjährig auf Veränderungen reagieren zu können)
- Besetzungssperre Assistenz FBL 17 (Teilzeit)
(Koordination Masterplan, Haushaltsplanung, Vereinsförderung, Digitalisierung)
- Besetzungssperre Jurist/Datenschützer (DI)
(gestiegene Anforderungen, unter anderem EU-Datenschutzgrundverordnung)
- Besetzungssperre Digitalisierung Museum (FB 41)
(Teilzeitprojekt in Zusammenarbeit mit Uni Stuttgart)
- Besetzungssperre Poolstellen Kita (FB48)
(Personalreservestellen zur Erhöhung der Flexibilität bei der Personalgewinnung und beim Personaleinsatz)
- Besetzungssperre Poolstelle Hauswirtschaftskräfte (FB48)
(Poolstelle für unterjährigen Mehrbedarf)
- Besetzungssperre Stadtbibliothek, Zweigstelle West (FB 48)
(Öffnungszeiten reichen für Schule nicht mehr aus, Ausbau des Standards, Lernzentrum)
- Besetzungssperre Stadtbibliothek, Aufbereitung Altbestände (FB 48)
- Besetzungssperre Assistenz Sanierung/STEP (FB 60)
(Assistenzaufgaben und Durchführung von Veranstaltungen)
- Stabsstelle Grün (FB 67)
(hat sich durch Fluktuation erledigt)
- Ökologie und Naturschutz (FB 67)
(Geologe, Umweltschutz, aufgrund gesteigener Anforderungen)
- Besetzungssperre Stelle SB Anschlussunterbringung (FB 17)
(Neuorganisation und Zusammenführung mit Flüchtlingsbetreuung im FB 17)

Bei einer Vollfinanzierung, also bezogen auf ein ganzes Jahr, entspricht dies einem Volumen in Höhe von ca. 1.000.000 EUR und 17 Vollzeitäquivalenten.



LUDWIGSBURG

NOTIZEN